

Mein Weg zum Stadtrat der Stadt Nidderau 1984

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1980 konnte sich der Nidderauer erste Stadtrat Bernd Reuter innerhalb der SPD in einer Kampfkandidatur gegen Karl Eyerkauf (unserer späterer Landrat) als Bundestagskandidat der SPD durchsetzen und wurde in der anschließenden Wahl in den Bundestag gewählt. Damit war die Stelle des ersten Stadtrates in Nidderau frei geworden. Im Kommunalwahlkampf 1981 forderte die Nidderauer CDU diese Stelle nicht mehr mit einem hauptamtlichen Wahlbeamten zu besetzen. Für die Stadt mit einer Größe von ca. 14.000 Einwohnern genüge ein Wahlbeamter als Bürgermeister und die Stelle des ersten Stadtrates sollte nur ehrenamtlich besetzt werden. Dadurch könne die Stadt pro Jahr ca. 100.000 DM einsparen.

Bei den Kommunalwahlen in Hessen am 22.03.1981 gab es einen politischen Erdrutsch, zugunsten der CDU. Die SPD musste landesweit erhebliche Verluste hinnehmen. Auch in Nidderau verlor die SPD ihre seit dreißig Jahren bestehende absolute Mehrheit. Die CDU hatte nun mit der FDP die Mehrheit in der Nidderauer Stadtverordnetenversammlung. Die Sitze waren wie folgt verteilt: SPD 18, CDU 17 und die FDP 2. Gemeinsam besetzten sie die Stelle des ersten Stadtrates wie im Wahlkampf angekündigt mit einem ehrenamtlichen ersten Stadtrat. Von der neuen Mehrheit wurde Günter Vollbrecht (CDU) in dieses Amt gewählt.

Nach Ablauf von drei Jahren, Anfang 1984 setzte sich aber dann in CDU und FDP die Meinung durch, dass es klüger gewesen wäre, eine Person ihres Vertrauens als hauptamtlichen Stadtrat und Baudezernenten zu wählen, um einen stärkeren Einfluss innerhalb der Stadtverwaltung zu bekommen. Nachdem diese Grundsatzentscheidung in den beiden Parteien gefallen war, überlegten sich die Verantwortlichen, wer für dieses Amt geeignet wäre.

Die in Frage kommenden Personen Günter Vollbrecht, Heinz Thomas, Heinrich Pieh, Albrecht Racky und Georg Franz, lehnten in Vorgesprächen aus unterschiedlichen Gründen eine Kandidatur für dieses Amt ab. Daraufhin trat der Vorstand der CDU an mich heran, und bat mich, für dieses Amt zu kandidieren. Durch meine zehnjährige Tätigkeit in der Kreisregierung und meinen Bekanntheitsgrad sei ich geeignet, die Stelle des hauptamtlichen Stadtrates zu besetzen.

Heinz Thomas als Vorsitzender und Albrecht Racky als Ehrenvorsitzender der Nidderauer CDU forderten mich in einem intensiven Gespräch auf, mich für die Wahl als Hauptamtlicher Stadtrat zur Verfügung zu stellen. Die FDP erklärte, dass sie gegen mich keine Bedenken hätte, und mich bei der Wahl unterstützen würde. Nach einigen Tagen Bedenkzeit, erklärte ich in einer Nidderauer CDU-Fraktionssitzung, dass ich nur kandidieren werde, wenn in einer geheimen Testwahl alle Fraktionsmitglieder für mich stimmen würden.

In der folgenden Fraktionssitzung stimmten alle Fraktionsmitglieder in geheimer Wahl für meine Kandidatur.

Die beiden FDP Stadtverordneten Karl-Heinz Wienbrand und Hinrich Nygard erklärten mir in einem persönlichen Gespräch, bei der Wahl in der Stadtverordnetenversammlung mir ihre Stimme zu geben.

Kurz vor der Wahl brach die viel beschworene Geschlossenheit der Nidderauer CDU in der Stadtratsfrage auseinander. Der amtierende ehrenamtliche erste Stadtrat Günter Vollbrecht (CDU) bezeichnete in einer Presseerklärung die Entscheidung der CDU und FDP, einen hauptamtlichen Stadtrat zu wählen, als Wortbruch gegenüber den Wählern. Im Wahlkampf vor drei Jahren, hätte die CDU den Wählern versprochen, diese Stelle abzuschaffen, und damit pro Jahr 100.000 DM einzusparen.

Diese Presseerklärung war ein harter Schlag für mich, und ich konnte nicht begreifen, warum er plötzlich gegen seine Partei Stellung bezog, denn als Vorstandsmitglied der CDU hatte er in einem frühen Stadium die Grundsatzentscheidung, einen hauptamtlichen Stadtrat zu wählen, mitgetragen. Außerdem hatte er an den Verhandlungen mit der FDP teilgenommen und wurde anschließend vom Vorstand der Nidderauer CDU aufgefordert, selbst für dieses Amt zu kandidieren.

Nachdem er die monatelangen Beratungen nicht beanstandet und kritisiert hatte, war diese Presseerklärung für mich ein schwerer Schlag und ich benötigte eine ganze Weile, dies zu verarbeiten.

Mit seiner Presseerklärung als amtierender CDU-Stadtrat und CDU-Vorstandsmitglied hatte er der SPD den Ball zugespielt, und ihr die politische Munition für eine monatelange Pressekampagne geliefert.

Wäre diese Auseinandersetzung vor meiner parteiinternen Zustimmung und der dann offiziell erfolgten Nominierung als Stadtratskandidat erfolgt, hätte ich mich niemals bereit erklärt, für dieses Amt zur Verfügung zu stehen.

Im Vorfeld der offiziellen Stadtratswahl am 29.06.1984 wurden sowohl die Nidderauer CDU als auch ich von der SPD wegen des so genannten beabsichtigten Wählerbetrugs angegriffen.

Im Hinblick darauf, dass mit Bernd Reuter von 1970 bis 1981 ein Sozialdemokrat die Stelle des ersten Stadtrates und Baudezernenten besetzt hatte, erklärte die SPD, eine Stadt wie Nidderau mit großem Bevölkerungswachstum benötigt dringend einen zweiten hauptamtlichen Wahlbeamten.

Allerdings habe die CDU bei der Kommunalwahl 1981 mit ihrer Aussage: „Ein zweiter Wahlbeamter sei überflüssig“ die Wähler getäuscht.

Durch die Auseinandersetzung in der Presse war die Öffentlichkeit für das Thema Stadtratswahl sensibilisiert und am Verlauf der Stadtverordnetenversammlung am 29.06.1984 interessiert. Viele Pressevertreter, Kreispolitiker und Nidderauer Bürger hatten die damalige Schlossberghalle (heute Willi-Salzmann-Halle) bis auf den letzten Platz besetzt.

Nach harten Rededebatten und scharfen Wortgefechten wurde ich dann mit der Mehrheit von einer Stimme in geheimer Wahl zum hauptamtlichen Stadtrat und Baudezernenten ab 01.08.1984 für sechs Jahre gewählt. Anschließend wurde ich vereidigt und mir wurde die Ernennungsurkunde ausgehändigt.

Für die immer mit absoluter Mehrheit regierende SPD war die Wahl eines CDU Stadtrates und Baudezernenten ein Schock. Weil die CDU-/FDP-Koalition befürchtete, die SPD würde Bürgermeister Willi Salzmann unter Druck setzen, mir das Baudezernat zu entziehen, um mir irgendwelche Aufgaben zu übertragen, die wenig öffentlichkeitswirksam sind, übertrugen sie mir mit Stadtverordnetenbeschluss das Baudezernat.

In den Fällen, in denen die Stadtverordnetenversammlung nicht festlegt, für welchen Bereich ein Stadtrat zuständig ist, liegt es in der freien Entscheidung des Bürgermeisters, die Aufgaben der Stadtverwaltung zu verteilen.

Gratulation nach der Wahl zum Stadtrat



von li.: Landrat Hans Rüger, Karl-Heinz Wienbrand (FDP), Heinz Thomas, Reinhold Dahlheimer, unbekannt, Heinrich Pieh, Helmut Weider

Ernennungsurkunde vom 29. Juni 1984

Aushändigung am Abend
an den neu gewählten Stadtrat Helmut Weider.



STADT NIDDERAU

DER MAGISTRAT

U R K U N D E

Herr Helmut Weider, geboren am 1.8.1930, wird, nachdem er am 29.6.1984 durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Nidderau zum hauptamtlichen Stadtrat gewählt worden ist, unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer vom 1.8.1984 bis 31.7.1990 zum

hauptamtlichen Stadtrat der Stadt Nidderau

ernannt.

Diese Urkunde wird in der Erwartung vollzogen, daß der Gewählte seine Amtspflichten gewissenhaft erfüllt, das Vertrauen rechtfertigt, das ihm durch diese Ernennung bekundet wird und sich jederzeit für die freiheitliche demokratische Staatsordnung einsetzt.

1. Stadtrat

(Albrecht Röcky)

Nidderau, den 29. Juni 1984

Stadtrat



(Georg Franz)

Ein erneuter Versuch der SPD, in der Stadtverordnetenversammlung am Freitag 31.08.1984 durch einen Widerspruch gegen meine Wahl diese für ungültig zu erklären, fand keine Mehrheit und scheiterte. Darauf erklärten die SPD-Stadtverordneten Günter Weisenstein und Max Heinzl, dass sie am kommenden Montag Klage gegen meine Wahl beim zuständigen Verwaltungsgericht in Frankfurt einreichen werden. Diese Klage reichten sie dann tatsächlich ein. Die Ungewissheit, ob meine Wahl zu Recht erfolgt war oder ob das Verwaltungsgericht Frankfurt dem Antrag der Kläger folgen würde, und ich damit zu Unrecht als Stadtrat und Baudezernent amtierte, verfolgte mich fünf Jahre meiner sechsjährigen Amtszeit und belastete mich sehr. Erst nach fünf Jahren wies das Frankfurter Verwaltungsgericht die Klage ab, und ich hatte nun die Gewissheit, rechtmäßig im Amt zu sein.

Es war schon interessant über die Folgen nachzudenken, falls das Gericht meine Wahl für ungültig erklären würde. Als Baudezernent traf ich ständig Entscheidungen. 75 % der Haushaltsausgaben wurden im Stadtbauamt mit meiner Unterschrift in Auftrag gegeben. Ich unterschrieb Aufträge und Zahlungsanweisungen mit der Ungewissheit, ob ich überhaupt zu Recht in diesem Amt sei. Auf meine Anfrage bei den Juristen des Städte- und Gemeindebundes wurde mir erklärt, auch bei einer Ungültigkeitserklärung meiner Wahl durch das Verwaltungsgericht, hätten die Entscheidungen und Unterschriften, die ich getroffen hatte, rechtlichen Bestand.

Nachstehend ein Auszug aus der Frankfurter Rundschau vom 07.08.1984

Der erste hauptamtliche „Schwarze“ im traditionell „roten“ Nidderau

Der 1. August, der Tag der Einführung in sein neues Amt als hauptamtlicher Stadtrat von Nidderau im Heldenberger Rathaus, war gleichzeitig sein 54. Geburtstag. Helmut Weider, der erste hauptamtliche „Schwarze“ im traditionell „roten“ Nidderau, fängt erst spät damit an, sein Geld hauptberuflich in der Politik zu verdienen. Die von der Nidderauer CDU und FDP möglich gemachte neue Rolle scheint für den Mittfünfziger jedoch maßgeschneidert sein.

Wenn es nach ihm geht, bleibt er die nächsten beiden Wahlperioden im Amt. Dann wäre er 66 Jahre alt und könnte sich vielleicht wieder um seinen landwirtschaftlichen Betrieb kümmern. „Es gefällt mir eigentlich sehr gut, erzählt der 54jährige nach nur drei Tagen in seinem Job, und wer den neuen Stadtrat ein wenig kennt, nimmt ihm dieses Bekenntnis sicherlich ab. Geradezu geschaffen für Auftritte in der Öffentlichkeit, ein Kumpeltyp, wie ihn die meisten Nidderauer sehen.

Freilich: So ungetrübt kann auch für den „Sonnyboy“ Helmut Weider sein neues Amt nicht sein. Immerhin ist er Erbe einer Politik, die die politische Landschaft in Nidderau völlig verändern könnte. Doch von den „politischen Schlammschlachten“ der vergangenen Monate möchte der 54-jährige nichts wissen, da will er sich auch in Zukunft heraushalten. Auch dass ihn die Nidderauer Sozialdemokraten überhaupt nicht befähigt für das Amt des Stadtbaurates halten, ficht den gelernten Landwirt

kaum an. „Es muss doch nicht unbedingt ein Oberfachmann auf diesem Posten sein“, sagt er. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen als Politiker vor allem auf Kreisebene, hält er sich selbst dafür ausreichend qualifiziert. Weider will sich in Zukunft mehr als Koordinator der ihm unterstellten Verwaltungsbereiche verstehen. „Spezialisten gibt es dort genug“.

Seine Funktion als ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter hat der Landwirt inzwischen aus rechtlichen Gründen niedergelegt, ein Schritt, „der sehr schwer für mich war“. Immerhin ist er neben Landrat Hans Rüger und dem Kreisbeigeordneten Heinz-Dieter Becker seit Bestehen des Kinzig-Kreises Kreisausschussmitglied gewesen. Ob er sich auch von seinem weiteren Amt, dem als Kreislandwirt, trennt, wie es bereits die Nidderauer Sozialdemokraten fordern, weiß er heute noch nicht. „Ich möchte nicht plötzlich zwischen allen Stühlen sitzen.“

Weider meint damit die Unsicherheitsfaktoren, die sich nach wie vor um seinen neuen Posten ranken. Schon seine Wahl Ende Juni war ein Zitterspiel, auf die haudünne Mehrheit von einer Stimme bei seiner Wahl konnte er sich nie so richtig verlassen. Und auch jetzt steht neues Ungemach ins Haus. Am 31. August werden die Stadtverordneten über eine Wahlanfechtung der beiden SPD-Abgeordneten Günter Weisenstein und Max Heinzl entscheiden müssen. Ein Abend, dem er dennoch ziemlich gelassen entgenseht.

Nicht gerade glücklich ist der 54-jährige auch über das Kuriosum, dass er zwar neben Bürgermeister Salzmann der einzige Hauptamtliche, nicht aber dessen Vertreter ist. Verwaltungschef im Windecker Rathaus ist gegenwärtig ein Ehrenamtlicher, Albrecht Racky von der CDU. Man hatte versäumt, in der Ausschreibung für diese Stelle auch diese Funktion des Vize-Bürgermeisters zu berücksichtigen. Ein Umstand, der Weider immerhin eine ganze Besoldungsgruppe tiefer ansiedelt. „Aber ums Geld geht's mir eigentlich weniger“, sagt Weider, sondern mehr um das politische Gewicht nach außen, das dadurch verloren gehe.

Weider wurde von seiner Fraktion als Zugpferd ins Rathaus geholt, immerhin sind im nächsten Frühjahr Kommunalwahlen. Weider könnte Punkte gutmachen, so das Kalkül seiner Parteifreunde. Ob es aufgeht, hängt von vielen Faktoren ab, letztlich auch davon, ob es bald eine neue Wählergemeinschaft geben wird. Der aus der CDU ausgetretene ehrenamtliche Erste Stadtrat Günter Vollbrecht soll damit liebäugeln.

Doch darüber möchte sich Weider jetzt noch keine Gedanken machen, er will in nächster Zeit erst einmal Aufgaben wahrnehmen, die in Nidderau seit langem drängen. Vor allem die Realisierung der Ortsumgehung Ostheim, Windecken und Heldenbergen oder die Sanierung der alten Ortskerne in den verschiedenen Stadtteilen.

Ende des Auszuges.

„Endlich ist der Druck weg“

Gericht bestätigte Rechtmäßigkeit der Wahl von Stadtrat Helmut Weider

Nidderau (tse). – Seit 1984 wußte Baustadtrat Helmut Weider (CDU) nicht, ob er zu Recht diesen Posten bekleidet oder nach einem entsprechenden Urteilsspruch des Verwaltungsgerichts seinen Stuhl vorzeitig räumen muß. Denn Mitglieder der SPD-Fraktion hatten die Rechtmäßigkeit der Wahl in Zweifel gezogen und ein Verfahren eingeleitet. Lange Zeit war es still geworden um diese Kontroverse, erst vor kurzem entbrannte zwischen SPD und CDU ein Streit um die Frage, wer die Stadtverordnetenversammlung vor Gericht zu vertreten habe. Jetzt fällt das Verwaltungsgericht in Frankfurt sein Urteil: Die Wahl war rechtmäßig. Helmut Weider fühlt sich „endlich von dem Druck befreit, der doch die ganzen Jahre auf mir lastete“.

„Eigentlich habe ich seit der Klageankündigung der SPD nach der Wahl 1984 schon immer das gute Gefühl gehabt, daß alles rechtmäßig abgelaufen ist“, meinte Stadtrat Weider in einem Gespräch mit dem Hanauer Anzeiger. Schließlich habe er sich mit vielen Experten unterhalten und die hätten ihm versichert, vor Gericht habe er nichts zu befürchten. Trotzdem konnte der CDU-Politiker nie ganz sicher sein, ob der von der SPD angefochtene Wahlgang rechtlich hieb- und stichfest war, denn es gab auch andere Interpretationen. „Eine gewisse innere Beunruhigung war trotz des langen Zeitraumes immer da“, beschrieb Helmut Weider sein Gefühl.

„Man versucht zwar, die Unsicherheit wegzustecken, kann sie auch über längere Zeit verdrängen, aber ganz weg ist der Druck nicht“, meinte der noch bis zum 31. Juli 1990 amtierende Baustadtrat von Nidderau. Irgendwie sei eben doch seine Position in Frage gestellt gewesen, obwohl das auf seine Arbeit keinen Einfluß gehabt habe, versicherte Weider. Als dann in letzter Zeit durch den Streit zwischen SPD und CDU, wer denn

nun die Stadtverordnetenversammlung vor Gericht vertreten dürfe, die „ganze Angelegenheit wieder hochgeputscht worden ist“, obwohl es ja nicht um die Person des Stadtrats ging, habe ihm das doch zu schaffen gemacht, stellte Helmut Weider fest.

„Ich bin von einigen Parlamentariern menschlich enttäuscht“, hält der Baustadtrat nicht mit seiner Meinung über Kollegen hinterm Berg. Er empfindet es als „unfair“, daß aus parteipolitischen Gründen die Wahl damals angefochten worden sei und – nachdem seine Amtszeit eh im nächsten Jahr abläuft – nach fünf Jahren von der SPD nicht ein Schlußstrich unter die Affäre gezogen worden ist. Selbst das Angebot des Richters in der Verhandlung beim Verwaltungsgericht Frankfurt, eine Sitzungsunterbrechung für eine diesbezügliche Beratung zu nutzen, fruchtete nichts bei den Sozialdemokraten. Sie wollten das Urteil und bekamen es. „Es war nicht besonders schön, diese Prozedur über sich ergehen lassen zu müssen, jetzt aber ist ja alles vorbei“, zeigte sich Nidderauer Baustadtrat Weider erleichtert.